

SYSTEMRELEVANT 200

Die Ampelregierung hat sich auf die Grundzüge des Bundeshaushalts für 2025 geeinigt. WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch und IMK-Direktor Sebastian Dullien werfen einen Blick auf die Pläne zum Bürgergeld und zum Arbeitskräftemangel.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 15. Juli 2024. Willkommen zur 200. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und wir werden uns heute über den Haushaltskompromiss unterhalten, der nicht nur hart errungen scheint, sondern auch das Wachstum befördern soll. Und die luzide Frage dazu wäre vielleicht zu wessen Lasten? Und damit begrüße ich recht herzlich Bettina Kohlrausch.

Bettina Kohlrausch:

Hallo!

Marco Herack:

Hallo Bettina, Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und Sebastian Dullien. Grüß Dich!

Sebastian Dullien:

Hallo.

Marco Herack:

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und das ist unsere 200. Folge. Kein Abendessen, keine Feier, keine Live-Podcasts. Was machen wir denn damit?

Sebastian Dullien:

Ja, Jeder macht sich heute Abend seine Flasche Bier oder seine Flasche Schampus auf. Nee, eigentlich schade, dass wir nichts Größeres dazu machen können, aber wir hatten das.. Das kam dann doch schneller als erwartet.

Bettina Kohlrausch:

Ja, ich war jetzt auch überrascht. Tatsächlich.

Marco Herack:

Vielleicht holen wir es ja irgendwann mal nach. Aber auf alle Fälle ein kurzes Juchheiße an dieser Stelle. Und ansonsten vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auch X antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Anregungen und Unmut bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. In den Shownotes findet ihr Informationen zum Sendungsthema und einen Link zum Geschichtspodcast der Hans-Böckler-Stiftung. Und ja, es wird ja irgendwie auch nicht besser, denn wenn wir nun über den Haushaltskompromiss reden, fürchte ich, Sebastian, kommen wir gar nicht drum herum,

uns gleich zu Anfang mit einer sehr grundsätzlichen Frage zu beschäftigen. Denn ich habe nun immer wieder gelesen: Christian Lindner zeigte sich beim Haushalt flexibel. Er habe die Konjunkturkomponente neu berechnet, den Zinsaufwand endlich sinnvoll berechnet oder verrechnet und auch sonstiges. Also er hat alles getan, um den Haushalt zu ermöglichen. Und dies wohl dann unter der Maßgabe: Solange denn nur irgendwie die Schuldenbremse eingehalten werde. Vielleicht ein bisschen unter Vorwegnahme dessen, was wir jetzt besprechen. Aber kann man das so sagen? Stimmt das? Müssen wir in unserer 200. Folge, Bettina es tut mir leid, Christian Lindner etwa loben?

Sebastian Dullien:

Ja, es kommt so ein bisschen darauf an, was man so als Baseline oder als Vergleich nehmen würde. Also ich habe auch nach dieser Haushaltseinigung auf X geschrieben, dass ich jetzt positiv überrascht sei. Und das ist natürlich auch ein gewisses Erwartungsmanagement. Also positiv überrascht heißt jetzt nicht, dass das irgendwie ein toller Aufbruch sei, ein Wachstumshaushalt. Aber es ist eben auch nicht der brutale Sparhaushalt, der jetzt makroökonomisch das Wachstum massiv bremsen wird, den man zeitweise hätte erwarten können, wenn man sich so angehört hat, was vor allem aus der FDP gekommen ist dazu. Man muss das einfach so sehen. Wir hatten ursprünglich mal Haushaltseckwerte, die waren vom Finanzministerium vorgelegt worden. Und wenn man mit denen gearbeitet hätte und das so durchgezogen hätte, dann wäre dieser neue Haushalt massiv wachstumsschädigend fürs nächste Jahr gewesen.

Und da hat sich Christian Lindner tatsächlich so flexibel gezeigt, dass er aus einem Haushalt, der makroökonomisch klar richtig schädlich gewesen wäre, jetzt hat einen Haushalt werden lassen, der eben wahrscheinlich so im Großen und Ganzen neutral ist, der aber auch gleichzeitig ganz viele große Herausforderungen, die wir als Deutschland haben, nicht angeht. Wir hatten ja vor ein paar Wochen von diesen enormen Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Investitionen gesprochen, den 600 Milliarden, die das IMK zusammen mit dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft vorgerechnet hatten. Und davon wird jetzt hier praktisch nichts angegangen. Das heißt, das ist ein Haushalt, da ist Schaden verhindert worden, und da kann man durchaus sagen, Ja, das ist schon, kann man anerkennen, dass da Christian Lindner eben eine gewisse Flexibilität gezeigt hat. Aber es sind keine der großen Probleme wirklich angegangen worden.

Marco Herack:

Und es bleibt natürlich noch, Sebastian, auch die Schuldenbremse uns erhalten. Also auch da könnte man noch sagen, da hat er jetzt auch nichts verbessert und erleichtert, sondern die ist immer noch der große Mythos, der über allem schwebt.

Sebastian Dullien:

Ja, die Schuldenbremse ist weiter da. Da muss man jetzt aber fairerweise sagen, da hätte ja auch Christian Lindner nichts daran ändern können, sondern die Schulden-

bremse kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat geändert werden. Und da bräuchte man die Zustimmung der Union für. Und die hat ja relativ deutlich gesagt, dass sie das zurzeit nicht machen wolle. Also von daher Schuldenbremse ist weiter da. Wie gesagt, die großen Probleme Deutschlands sind nicht angegangen. Eines der großen Probleme ist die Schuldenbremse in der jetzigen Form. Und das ist halt dieser Haushalt jetzt.

Es ist die Frage des Vergleichs. Also die Ampelkoalition hat es geschafft, einen Haushalt aufzustellen. Dieser Haushalt ist nicht grobschädlich, er macht ein paar richtige Sachen, und das ist jetzt schon deutlich mehr, als einige von der Ampelkoalition erwartet hatten. Und das hat auch das Potenzial, das Wachstum ein bisschen anzukurbeln. Insofern, dass natürlich diese Verunsicherung, ob wir überhaupt jetzt im nächsten Jahr noch die gleiche Regierung haben wie heute, die kann natürlich jetzt verschwinden, und vielleicht hilft das marginal etwas den Investitionen.

Marco Herack:

Dieser Kompromiss, der da erarbeitet wurde, den habe ich nach allem, was ich jetzt gesehen habe, als sehr fein krisselig empfunden. Also da ist jetzt nicht irgendwie so der eine große Hammer da, der irgendwie irgendwas auflöst, sondern da sind sehr viele kleine Schrauben angefasst worden. Deswegen versuchen wir das so ein bisschen zu konzentrieren heute und können auch gar nicht über alle diese Schrauben im Einzelnen reden. Aber ich hatte das Gefühl, Bettina, dass in der Folge doch sehr viele Diskussionen über soziale Themen dann doch geführt worden sind. Täusche ich mich da?

Bettina Kohlrausch:

Nee, also ich muss dazu sagen, dass ich in der Folge im Urlaub war und möglicherweise nicht alle Diskussionen im Detail mitbekommen habe. Aber was ich mitbekommen habe, war das tatsächlich auch so. Was natürlich daran liegt, dass man eine ganze Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschlossen hat, von denen man sich erhofft, den Arbeitsmarkt anzukurbeln. Das ist natürlich einerseits deshalb so kontrovers diskutiert worden, weil es da ums Bürgergeld geht und weil eben eine ganze Menge von Rahmenbedingungen, sage ich mal, die verändert worden sind, als aus Hartz IV das Bürgergeld wurde, und damit ja auch versucht worden ist, ein andere sozialstaatliche Logik zu etablieren, dass das jetzt wieder rückgängig gemacht wird.

Man geht an Schonvermögen ran, man verstärkt die Sanktionen, man erhöht die Zumutbarkeit. Und jenseits von der Frage, was das tatsächlich bringt – ich würde mal denken nichts - verändert man damit die Art, wie man über Sozialstaat und natürlich auch die Empfänger von Bürgergeld redet und wahrscheinlich auch denkt. Und ich glaube, weil die Leute da spüren, dass es schon ein Paradigmenwechsel vielleicht in gewisser Hinsicht ist, oder dass ein Paradigmenwechsel der ein Bürgergeld sein wollte, wieder rückgängig gemacht wird damit ein Stück weit. Ich glaube, deshalb wird das so kontrovers diskutiert. Oder wurde das auch so umfänglich in den Medien diskutiert.

Marco Herack:

Bürgergeld ist vielleicht insofern auch ein schönes Thema in Anführungszeichen in diesem Fall, weil man da ja sieht, das schon auch ein gewisses Menschenbild sich durchsetzt. Also dieses.. da versuchen Menschen im Grunde den Sozialstaat auszunutzen. Man muss denen Arbeits- nicht Anreize geben, sondern so eine Art Arbeitszwang reinbringen. Die müssen jetzt irgendwie länger pendeln. Das war, glaube ich, ein großes Thema. Bis zu drei Stunden. Da war so meine erste Frage: Ist das jetzt berechnet mit dem offiziellen Fahrplan der öffentlichen Verkehrsmittel oder dem anderen, dem inoffiziellen usw.? Also ich glaube, man kann das schon in dem Sinne zusammenfassen, dass man sagt, da hat sich die FDP, da werden wir dann schon wieder beim Herrn Lindner, über den wir gar nicht so viel reden wollten heute, aber, da hat sich die FDP einfach durchgesetzt mit ihrem Menschenbild. Und das liegt sicherlich auch daran, dass die Union ein ähnliches pflegt in dem, was sie in den letzten Monaten gesagt hat.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Und eine Deutung, und die halte ich eben für problematisch, dass das Bürgergeld in seiner Verfassung davor, wo man ja gerade im Hinblick auf die Höhe der Sätze durchaus auch fragen kann wie großzügig das tatsächlich ist. Armutsfest war es sicher nicht. Oder ist es auch nicht. Dass das Bürgergeld, so wie es war, letztlich Anreize schafft, nicht zu arbeiten, die Leute von der Arbeit abhält. Und das ist einfach nach Stand der Forschung nicht der Fall.

Nach der Einführung des Bürgergeldes sind nicht mehr Leute von Arbeit zurück ins Bürgergeld gegangen. Es gab einen leichten Rückgang der Menschen, die aus dem Bürgergeld in den Arbeitsmarkt gegangen sind. Das lag aber nicht unbedingt an den Anreizen des Bürgergeldes, sondern lag auch an der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wir wissen, dass der überwiegende Teil der Menschen, die Bürgergeld beziehen, nicht arbeitslos sind, sondern entweder AufstockerInnen sind oder aus anderen Gründen nicht arbeiten können, weil sie Pflege- oder Sorgeverantwortung haben, so dass es einen relativ kleinen Teil gibt, der BürgergeldbezieherInnen, die erwerbsfähig sind und arbeitslos. Also im Dezember hat man davon ungefähr 1,7 Millionen gesprochen. Davon ist die Hälfte in Langzeitarbeitslosigkeit. Und diese Menschen brauchen was anderes als Druck.

Es wird diese gewünschten Effekte nicht haben und es wird die Probleme, die wir auf den Arbeitsmarkt haben, in Bezug auf Fachkräftemangel, die haben auch nichts mit dem Bürgergeld zu tun. Und das ist ja die Debatte, in der aber diese Entscheidung getroffen worden ist. Und da finde ich es dann schon ein bisschen problematisch. Kompromiss hin oder her. Das verstehe ich schon auch, dass man die machen muss. Aber dass sich die vermeintlich progressiven Parteien Grüne und SPD dann doch relativ klaglos darauf eingelassen haben, weil ich glaube, dass ihnen die Debatte auf die Füße fällt. Weil es einfach die Verantwortung für die Arbeitsmarktsituation bei den Schwächsten ablädt. Und ich glaube, dass so ein Diskurs einfach wenig Spielräume lässt, um dann progressive Politik zu etablieren. Und das werden

die ja vermutlich wollen, wenn sie die Wahl nächstes Jahr gewinnen wollen. Also das heißt, ich glaube, dass sie sich damit selber keinen Gefallen getan haben.

Marco Herack:

Ich bin über eine Sache wirklich drüber gestolpert, als ich das gelesen habe. Eigentlich im Grunde zwei Sachen, nämlich einmal die 1-Euro-Jobs sollen zurückkommen. Da dachte ich, das hätte sich als ökonomischer Unsinn erwiesen, dass es die jemals gegeben hätte. Und das andere ist, dass es ja selbst beim ifo Institut, das dessen eigentlich unverdächtig ist, als so großen Sozialstaat zu befördern, ja sehr klare Studien gibt, die sagen es braucht eher Arbeitsanreize, dass die Leute mehr Geld haben, wenn sie denn arbeiten gehen, weil da geht am meisten verloren, weil da wieder irgendwelche Sachen verrechnet werden usw. und so fort.

Bettina Kohlrausch:

Aber fairerweise muss man sagen, dass mein Rant bezog sich vor allen Dingen auf die Beschlüsse zum Bürgergeld. Das es da ja auch Ansätze gibt, dass die Leute tatsächlich, wenn sie arbeiten, größeren Teil davon behalten können. Und das halte ich durchaus für sinnvoll.

Sebastian Dullien:

Das hätte ich jetzt auch gerade gesagt, ich hätte da ein bisschen an der Stelle. Nämlich differenziert. Marco auch, was du da sagst. Diese Ein-Euro-Jobs, die jetzt da auch wieder in dem Eckpunktepapier drin drinstehen, die würde ich jetzt auch nicht als ernsthaftes arbeitsmarktpolitisches Instrument sehen, sondern das ist jetzt böse gesagt, das ist ein Folterinstrument für Leute, die sich total verweigern. Also das steht auch extra da drin. Also das sei jetzt ein Instrument für Personen, die sich immer wieder verweigern. Und steht auch das Wort Totalverweigerer drin. Jetzt ist es im Bürgergeld so, dass wir wissen, dass es davon gar nicht viele Menschen gibt. Aber trotzdem ist das so was, was in den Medien immer hochgekocht wird. Und ich würde das so interpretieren, dass man signalisieren möchte, dass wenn jemand da ein Totalverweigerer ist, dass man da auch Instrumente hat, um irgendwas dagegen zu tun, einfach um seine Mitwirkungspflicht zu erzwingen.

Wir haben eine andere Sache da drin, die vielleicht gar nicht so blöd ist. Und das hat vielleicht Bettina auch schon darauf anspielen wollen, dass bei Leuten, die sehr lange arbeitslos sind, da soll es ja so eine Art Prämie „Anschubfinanzierung“ heißen das, wenn Langzeitarbeitslose dann in die Arbeit gehen und die sollen eben in der Zeit, wo sie dann einen richtigen Job haben, nicht sofort das zusätzliche Einkommen vollständig angerechnet bekommen bei so Dingen wie Kindergrundsicherung, Wohngeld über so eine gewisse Phase. Und das ist ein Instrument, was, glaube ich, von Enzo Weber vom IAB vorgeschlagen worden ist. Und da ist eigentlich nichts Böses dran an der Stelle. Muss man gucken, ob das funktioniert. Aber das heißt, da sind schon auch Sachen drin, die jetzt nicht rein Druck machend sind. Aber es ist schon einiges drin, wo man das unterschreiben kann, was Bettina eben gesagt hat.

Bettina Kohlrausch:

Ich meine, was du jetzt über die 1-Euro-Jobs gesagt hast, kann man ja natürlich auch über die Sanktionen sagen. Das betrifft ja nur die, die sich wirklich verweigern. Das Problem ist nur, dass es im ganzen System Druck macht, dass viele, die Bürgergeld beziehen, sich schon sehr unter Druck fühlen und dass das generell die Angst bei denen erhöht. Die bloße Tatsache, dazu gibt es Forschung, dass es Sanktionen gibt, macht den Menschen Angst.

Und das andere ist, und da frage ich mich, da müssen wir wirklich gucken, wie die Praxis aussieht. Also die Menschen, die ihre Mitwirkungspflichten verweigern, weil sie sich zum Beispiel nicht melden, wann sie sich melden sollen. Die haben häufig eben ganz multiple Problemlagen. Das heißt, wer ist denn am Ende wirklich in der Lage zu entscheiden, ob jemand nicht kommen kann oder nicht kommen will? Also das sind ja so Grenzbereiche. Ab wann ist man eigentlich noch erwerbsfähig, ab wann nicht? Also klar gibt es wahrscheinlich auch wie überall Missbrauch und Menschen, die sich ganz bewusst und gezielt entziehen. Aber es gibt eben, glaube ich, auch ganz viel so Graubereiche, wo, wenn es einem tatsächlich darum ginge, Menschen in Arbeit zu bringen, die effizientere Methode einfach wäre, ihnen die Unterstützung zu geben, die sie dafür brauchen. Weil es natürlich auch Menschen gibt, die in Lebenssituationen sind, für die schwierig ist, zu bestimmten Zeitpunkt an bestimmten Ort zu sein. Und ich glaube nicht, dass man die mit Kürzungen dazu bringen kann, jeden Morgen bei der Arbeit aufzutauchen. Das ist eben der Teil, der fehlt bei dieser Herangehensweise.

Sebastian Dullien:

Ja, das stimmt. Da ist ja jetzt nichts Neues dabei, ne?

Bettina Kohlrausch:

Genau. Aber grundsätzlich gebe ich Sebastian auch recht. Also, dass man größeren Teil des Einkommens anrechnen und behalten kann, das ist auf jeden Fall sinnvoll.

Marco Herack:

Wie sieht es denn aus bei den Arbeitsmöglichkeiten und Anreizen zur Beschäftigung Älterer? Dass man die ausweiten möchte, das ist ja eigentlich so ein Ding, wo man sagt: Na ja, warum beschränkt man so was überhaupt? Weil wenn jemand arbeiten kann und will, dann soll er es doch einfach tun können und fertig. Gut, jetzt haben wir quasi den Zwang dadurch, dass wir Fachkräftemangel haben und daraus ergibt sich das dann wahrscheinlich?

Sebastian Dullien:

Dass was da mit älteren Beschäftigten gemacht wird. Das finde ich weitgehend eine vernünftige Sache. Man muss sich angucken, wie ist heute die Regel? Heute ist die Regel, dass wenn ich des Regelalters Regelaltersgrenze erreiche, dann endet mein Arbeitsvertrag und ich kann danach wieder eingestellt werden. Aber dann bin ich sofort wieder unbefristet beschäftigt bei meinem Arbeitgeber. Und möglicherweise gibt es schon einen Grund, dass man dann nicht jeden, den man mit 67 wieder ein-

stellt, auch noch mit 80 beschäftigt haben möchte. Also wenn ich mir jetzt Joe Biden angucke und ich stelle mir vor, ich habe den vor zwölf Jahren eingestellt, noch irgendwie bei mir eine Maschine zu überwachen. Dann möchte ich das vielleicht ab irgendeinem Punkt doch nicht mehr haben. Und da kann man argumentieren, dass das vielleicht nicht so blöd ist, dass man erlaubt, dass diese Menschen, die auch schon Rente beziehen und die nicht mehr abhängig sind von diesem Arbeitsverhältnis, dass die da befristet eingestellt werden.

Jetzt muss man, glaube ich, sehr genau aufpassen, dass das nicht benutzt wird, um irgendwie Schindluder damit zu treiben. Aber das muss man genau beobachten.

Der zweite Punkt, der hier auch gar nicht total blöd ist, ist zu sagen, wenn die einmal in Rente sind, zahlt der Arbeitgeber bislang weiter den Rentenbeitrag. Der Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerin muss das nicht, aber der Arbeitgeber zahlt noch seinen Beitrag. Und jetzt zahlt man einfach ein und das Geld ist dann weg. Da erwirbt man keine höheren Rentenansprüche, das Geld ist einfach weg. Und jetzt hat man gesagt: Na, warum sagen wir dann nicht, dass dieses Geld als zusätzlichen Anreiz an den Rentner, die Rentnerin ausgezahlt wird? Das finde ich durchaus eine vernünftige Regelung. Das erhöht schon den Anreiz, dann doch über die Regelaltersgrenze noch mal weiter zu arbeiten.

Jetzt ist die Frage: Was bringt das überhaupt? Wir bekommen wahrscheinlich auf ein Problem, wo wir zu wenig Fachkräfte haben. Aber bringt das kurzfristig viel Wachstum? Und da wäre ich wiederum skeptisch. Die Bundesregierung ist sehr optimistisch, dass das was bringt und auch nächstes Jahr schon was bringt. Aber die Frage ist ja, wenn wir in der Lage sind, wie heute, wo eigentlich die Nachfrage fehlt, bei den Unternehmen oder bei vielen Unternehmen, die nicht produzieren. Vielleicht weil die Energiepreise zu hoch sind oder weil eben jetzt gerade keiner die Sachen bestellt, die sie herstellen. Also im Automobilssektor bspw. Hilft es dann, wenn die Menschen jenseits der Regelaltersgrenze weiter arbeiten wollen? Und da ist eigentlich die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass so was dann wirkt, wenn gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Arbeitskräfteangebot zusammenspielen. Und wenn nur eine der beiden Dinge da sind, dann funktioniert das nicht.

Marco Herack:

Ich habe letztens gelesen, dass viele Unternehmen gerade einen Arbeitskräftehorten betreiben. Das war tatsächlich das Wort, was da genutzt wurde. Also quasi unter dem Gesichtspunkt: Wir werden bald in diese große Phase des Arbeitskräftemangels reinrutschen. Deswegen halten wir jetzt so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie nur irgendwie möglich. Was ja dann bedeuten würde, wenn es wirtschaftlich eben dann doch schwierig bleibt oder anspruchsvoll, also nicht das große Wachstum ausbricht, dass sich das hier schnell ins Gegenteil verkehren kann.

Sebastian Dullien:

Ich meine: Erstens, dieses Arbeitskräftehorten, so komisch ist das anhört, ist nun mal ein sogar technischer, korrekter Begriff, den die Ökonominnen und Ökonomen gerne benutzen für das, was da passiert.

Und ja, das ist das, was wir sehen. Also wir wissen ja, dass zum Beispiel bei der energieintensiven Industrie, da ist die Produktion um 20 % gefallen seit dem Beginn der Energiepreiskrise. Und die Beschäftigung ist nicht um 20 % gefallen. Das heißt, dass da wirklich eigentlich mehr Leute sind, als man braucht, weil die Maschinen sind ja nicht weniger produktiv geworden. Die behalten die halt und die Unternehmen glauben, dass die Nachfrage irgendwann zurückkommt. Und hier hast du genau recht, wenn es nicht kommt, werden die dann natürlich auch irgendwann anfangen, dort zu entlassen.

Die Frage ist jetzt, wenn das so eine Situation ist bei diesen Unternehmen, werden sie dann überhaupt ein Interesse haben, die Alten zu behalten? Denn es gibt ja kein Recht darauf, jetzt über die Regelaltersgrenze weiter zu arbeiten. Und ich habe da große Zweifel, weil diese Alten helfen dir in drei Jahren ohnehin nichts mehr, weil irgendwann gehen die ja in Rente. Das heißt, da hast du kein so ein großes Interesse daran, sondern da würdest du einfach dieses Instrument nicht benutzen, kann man sagen: Wenn, dann ist das auch nicht schlimm. Das stimmt. Aber es ist eben auch jetzt, glaube ich, fürchte ich, nicht der große Wachstumsboost, den sich da manche erhoffen.

Bettina Kohlrausch:

Ja, das denke ich halt generell jetzt auch mal beim Bürgergeld. Wo sind denn die Potentiale, unabhängig davon, wie man das findet für die Leute, die im Bürgergeld sind? Glaube ich auch nicht, dass man damit wahnsinnig viel mobilisiert, wenn man sich gleichzeitig überlegt, dass wir 2,6 Millionen Menschen ohne berufsqualifizierenden Abschluss haben, dann wundere ich mich, warum diese Stellschraube zum Beispiel nicht wirklich angegangen und identifiziert wird. Das sind ja junge Menschen, die wir entweder durchschleppen müssen, sage ich jetzt mal bewusst zugespitzt, oder deren Potenzial und Integration in Arbeitsmarkt man mit entsprechenden Maßnahmen entsprechend befördern könnte. Also stellt sich eben dann auch die Frage, unabhängig davon, wie man das findet, sind das eigentlich die Stellschrauben, an die man sollte auf dem Arbeitsmarkt?

Marco Herack:

Ja, und ich glaube, das sind auch sehr berechtigte Fragen in dem Sinne, dass seitens der Bundesregierung ja jetzt schon so eine Art Framing eingesetzt hat, dass man sagt, dieser Haushalt, der fördert auch Wachstum. Also das ist ein ganz klares Ziel, was dadurch ja auch transportiert wird und so ist es vielleicht so ein bisschen schwierig, dass an der einen oder anderen Stelle nachzuvollziehen, ob das dadurch erfüllt wird.

Sebastian Dullien:

Ich würde auch gar nicht sagen, dass diese Dinge kein Wachstum fördern. Die Frage ist ja, in welcher Größenordnung und wie schnell. Wenn man das tatsächlich hinkriegt, dass viele von den älteren Menschen freiwillig länger arbeiten, dann bedeutet das natürlich eine Phase, wo die Wirtschaft wieder wächst und wir Arbeits-

kräfte brauchen und die ganz dringend brauchen. Da hat dann die Wirtschaft auch mehr Möglichkeiten, stärker zu wachsen. Und von daher, in so einer Situation ist das vielleicht sinnvoll. Und wenn sich dann auch noch in den Betrieben einiges tut, dass man sagt: Na ja, also wir müssen jetzt auch die Arbeitsplätze ein bisschen altersgerechter gestalten und die Menschen können länger im Job bleiben, dann kann das tatsächlich langfristig echt positiv sein. Die Frage ist ja nur, wie schnell geht es? Da kommt jetzt das zweite rein, nämlich die Verbindung zurück zum Haushalt. Denn einer der Haushaltskniffe vielleicht, die Christian Lindner hier angewandt hat, ist zu sagen, wir rechnen wegen dieser Reformen mit höheren Bruttoinlandsprodukt und höheren potenziellen Bruttoinlandsprodukt.

Das hat zwei Konsequenzen. Wenn ich ein höheres Bruttoinlandsprodukt für nächstes Jahr annehme, dann gehe ich von höheren Steuereinnahmen aus, und dann darf ich gleich mit höheren Ausgaben auch planen.

Und das Zweite ist: Wenn ich von einem höheren Potenzial ausgehe, dann fällt meine Konjunkturkomponente höher aus und ich darf nach den Regeln der Schuldenbremse mehr Kredite aufnehmen und darf noch mal mehr Geld nächstes Jahr ausgeben. Und das sind eben auch zwei der Stellschrauben, die genutzt worden sind, um dafür zu sorgen, dass der Haushalt für nächstes Jahr zusammenpasst und man eben nicht diese 30 bis 50 Milliarden hat einsparen müssen oder kürzen müssen, die zeitweise im Raum standen.

Marco Herack:

Auf der anderen Seite gibt es aber auch noch Spielräume. Also es kann schon sein, dass ich das trotz allem dann verläuft, selbst wenn es nicht die Erwartungen erfüllt.

Sebastian Dullien:

Ja klar, wenn es am Ende nicht so kommt. Das ist überhaupt keine Katastrophe. Selbst wenn der Bund dann am Ende ein bisschen mehr Geld ausgibt. Dann haben wir noch das Kontrollkonto bei der Schuldenbremse. Da liegen im Moment fast 50 Milliarden Euro drauf. Dann kann man einfach das, was man versehentlich zu viel ausgegeben hat, da runterbuchen. Und das ist kein Problem für die Schuldenbremse. Aber man muss natürlich einen Haushalt aufstellen, der verfassungsgerecht ist. Da sind eben solche Annahmen über Wachstum und Potenzial dann drin, und die bestimmen die Eckwerte. Und um jetzt überhaupt diesen Haushalt aufzustellen, war das dann eben einer der Elemente, was man dafür brauchte.

Marco Herack:

Beim Thema Arbeitskräftemangel, Bettina, gibt es auch noch so einen anderen Bereich, der da immer gerne reingezogen wird. Frauen. Kinder und Frauen. Und würde man denn nur irgendwie dafür sorgen können, dass die Frauen alle arbeiten können? Ich muss ehrlich gestehen, ich erinnere mich da immer so ein bisschen an die DDR, aber da komme ich halt auch her. Und würde man die Frauen dann zum Arbeiten bringen können, aus welchen Gründen auch immer, dann wäre ja alles irgendwie viel einfacher. Und da ist dann immer wieder ein beliebtes Thema: Kinder-

gartenplätze. Also wenn man einen Kindergarten hat, dann können die Kinder da rein und dann hätten die Frauen automatisch mehr Zeit zum Arbeiten und tun das dann auch.

Bettina Kohlrausch:

Ähm.

Marco Herack:

Jetzt wieder zu flapsig, ne?

Bettina Kohlrausch:

Nee. Das stimmt. Also das ist ja die Idee, die dahintersteht. Ich überlege jetzt, wo ich anfangen zu sagen, warum ich das in der Einfachheit nicht glaube.

Marco Herack:

Wart mal, ich gebe dir vielleicht eine Zahl, dann ist es einfacher. Und deswegen hat man jetzt auch in diesem Jahr wieder 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das lehnt sich an dieses Kitaqualitätsgesetz an, da gab es schon mal 4 Milliarden über zwei Jahre. Jetzt gibt es 2 Milliarden für den einen Haushalt. Also es bleibt quasi gleich und damit soll die Qualität der Kindergärten erhöht werden.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Und auch tatsächlich in dem Fall jetzt Ausweitung der Betreuungsplätze oder habe ich das falsch gelesen mit meinen altersschwachen Augen? Ich habe das nämlich auf mein Handy gelesen.

Marco Herack:

Ich glaube, das hast du richtig gelesen. Ich wollte es jetzt noch nicht gesagt haben.

Bettina Kohlrausch:

Weil damals war das tatsächlich, um die Qualität zu verbessern, was auch Sinn macht, weil es ja auch um frühkindliche Bildung geht.

Aber zwei Sachen. Also erstens natürlich die Frage: Reichen diese 2 Milliarden? Und ich erinnere mich bei diesem Kitaqualitätsgesetz, dass ich da die Träger beklagt haben, und das finde ich auch nachvollziehbar, dass ihnen diese punktuellen Finanzierung eigentlich nicht wirklich helfen, weil das halt keine Planungssicherheit schafft. Gerade wenn es darum geht, dauerhaft Personalkosten zu erhöhen. Also letztlich wird fortgeschrieben, was wir schon hatten. Und wir sind ja in einer Mangelsituation. Es hat zwar natürlich einen massiven Ausbau gegeben der Kinderbetreuung, aber die war zu keinem Zeitpunkt so, dass es eine Bedarfsdeckung gegeben hätte. Und wenn man Rechtsanspruch schafft, ist natürlich auch logisch, dass die Bedarfe steigen. Und da war man eben von Anfang an nicht entsprechend vorbereitet und hat das nie final wirklich aufgeholt. Das ist das eine.

Das andere. Die Idee, Sorgearbeit bestünde ausschließlich aus Kinderbetreuung, ist schlicht falsch. Also, wenn man sich die Zeit Verwendungserhebung anguckt, dann sieht man, dass ein Großteil dieser Zeit die Frauen an Carearbeit mehr leisten, eben auch schlicht irgendwie kochen, waschen, putzen sind. Und das bedeutet, dass es einfach nicht so sein wird, dass in dem Moment, in dem es mehr Kinderbetreuung gibt, das ist eine Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Finde ich ja absolut sinnvoll, aber ich glaube, das wird nicht automatisch zu einer Erhöhung von Frauenerwerbsarbeitszeit führen oder zumindest umfänglich, wenn man nicht noch andere Stellschrauben mit berücksichtigt. Und dazu gehört zum Beispiel die interne Verteilung der Sorgearbeit oder Hausarbeit zwischen den Vätern und Müttern oder zwischen den Partne*innen. Und deshalb halte ich das für ein bisschen naiv zu glauben, dass Kinderbetreuung der Game Changer für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist oder für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit. Das hat ja auch damals Franziska Giffey immer gesagt. Und ich glaube, dass das eine Stellschraube ist, aber nur eine, die wirklich funktioniert, wenn man über andere Dinge auch redet. Zum Beispiel über eine andere Zeitpolitik. Das muss ja gar nicht nur Verkürzung sein, aber es muss irgendwie noch mal darüber nachgedacht werden. Wir müssen Arbeitszeiten eigentlich organisiert sein, dass Vereinbarkeit wirklich möglich ist. Und Frauen haben einfach dann mehr Spielräume, erwerbstätig zu sein, wenn auch die Väter einen größeren Teil der Sorgearbeit übernehmen.

Und insofern glaube ich einfach, dass diese 2 Milliarden, das ist natürlich sinnvoll, begrüßenswert und gut, aber auch nicht jetzt diesen riesigen Effekt haben werden, den man sich dann davon vielleicht erhofft. Und die andere Sache ist, dass wir natürlich vor allen Dingen Fachkräftemangel haben. Also ich glaube, die Bertelsmann Studie kam jetzt auf 400.000 Fachkräfte, die da fehlen. Das heißt, selbst wenn man sagt, das Geld wäre ausreichend, dann hat man da immer noch nicht das Personal, das man davon einstellen kann. Nur weil man das Geld hat. Das heißt, letztlich, glaube ich, müsste man auch über eine Ausbildungsoffensive nachdenken und auch darüber nachdenken, wie man Tätigkeit in den Kitas attraktiver gestaltet. Insofern ist da diese Qualitätsoffensive total wichtig, weil natürlich kleinere Gruppen auch für die Erzieherinnen weniger belastend sind. Aber es ist eben ein Gesamtpaket, wo man an ganz vielen Punkten ansetzen muss. Und allein mit mehr Geld wird es nicht getan sein.

Sebastian Dullien:

Hier kommt wieder der Punkt rein, den wir an ganz vielen Stellen haben, dass im Grunde strategische Aufgaben unserer Gesellschaft ad hoc mit 1-Jahres-Scheiben an Finanzierung regeln zu wollen, das geht einfach daneben. Das funktioniert nicht. Also ich kann auch nicht, indem ich jetzt einfach nur mal ein paar Haushaltsreste zusammenkehre, irgendwie die Investitionen sinnvoll hochfahren. Also auch Ertüchtigung der Bundeswehr. Aber diese ganze Frage: Wenn ich strategischen Personalmangel im öffentlichen Sektor oder im Sozialsektor irgendwo beheben will, dann funktioniert es einfach nicht, wenn ich mal für ein Jahr Geld zur Verfügung stelle.

Da fällt uns natürlich wirklich diese Schuldenbremse auch erneut auf die Füße, die nach dem Verfassungsgerichtsurteil diese ganz klare Jährigkeit und Jährlichkeit durchzusetzen versucht. Also das heißt, das Geld muss ich in diesem Jahr in den Haushalt schreiben und dann muss ich es dieses Jahr ausgeben. Und im Grunde kann ich ganz schlecht irgendwas machen, was überjährig funktioniert. Das ist schon immer ein Problem in den öffentlichen Haushalten gewesen. Aber mit dem Verfassungsgerichtsurteil aus dem letzten November ist das einfach auf die Spitze getrieben worden.

Marco Herack:

So Sebastian, jetzt hast du die ehrenvolle Aufgabe, die Steuerklassen fünf, drei und vier zu erklären, denn die Steuerklassen fünf und drei sollen verschwinden und dann geht das Ganze in die Steuerklasse vier und dort wiederum soll es digitalisiert und vollautomatisiert dann alles so verrechnet werden, wie es wirklich ist. Das wäre so die Kurzvariante. Aber worum geht es dabei? Ist das jetzt die Abschaffung des Ehegattensplittings oder was wird hier getan?

Sebastian Dullien:

Nee. Das ist eigentlich was, wo wir eine fast eine ganze Folge drüber machen könnten, weil das auch das ist wirklich komplex. Ich versuche es jetzt mal in ein paar Sätzen darzustellen. Das Ehegattensplitting hat erstmal mit den Steuerklassen nur begrenzt was zu tun. Das Ehegattensplitting bedeutet, dass wenn man am Ende veranlagt wird, also eine Steuererklärung abgibt, als Ehepaar und sich gemeinsam veranlagen lässt. Dann werden die beiden Einkommen zusammengerechnet und dann werden sie so versteuert, als hätte jeder die Hälfte davon gehabt. Und das bedeutet, dass damit dann, wenn ich Ehepaare habe, die ungleich verdienen, die kommen damit besser raus, als wenn die einzeln besteuert würden. Weil wir ein progressives Steuersystem haben. Das heißt, dass, wenn man mehr Geld verdient und mehr Geld versteuert, dass man zunehmend einen größeren Anteil bezahlt. Im Extremfall, wenn da eine Chefärztin vielleicht 200.000 Euro im Jahr verdient und der Partner verdient nur 2.000 Euro, dann wird das hinterher so besteuert, als hätte jeder von denen 100.000 und dann spart man in gewisser Weise was.

So schön und gut, aber das würde man ja erst am Ende des Jahres bekommen. Und weil bei vielen Leuten das Geld knapp ist, hat man irgendwann mal die Steuerklassen drei und fünf erfunden und hat gesagt: Naja, also wir besteuern die schon unterschiedlich unterhalb des Jahres und einer wird dann, das war der Hauptverdiener normalerweise traditionell und ich sage der Hauptverdiener, weil das traditionell auch einfach der Mann war, und der zahlt dann schon unterhalb des Jahres eben niedrigere Steuersätze auf das, was er verdient. Und die Zweitverdienerin zahlt eben dann einen höheren Steuersatz. Da wird so geschätzt, dass man das dann so macht, dass man am Ende eben möglichst wenig nachzahlen oder auszahlen muss. Das Problem ist, dass der erste Euro, den die Person in Steuerklasse fünf bekommt, der ist dann schon relativ hoch besteuert und dadurch sieht es dann immer aus,

wenn man das auf seiner Lohnsteuerkarte sieht, dass er sich für die eine Person, die ohnehin schon weniger verdient, einfach weniger lohnt zu arbeiten. Die beiden Steuerklassen sind da vor allem ein psychologisches Problem, diesen ökonomisch gar nicht so wichtig, weil das Ehegattensplitting am Ende das eigentlich ausgleicht, wenn man eine Einkommensteuererklärung abgibt. Aber ich glaube, in den Diskussionen, in den Beziehungen ist das oft ein Argument gewesen, was dann gegen die Arbeitsaufnahme oder gegen das Aufstocken der Arbeit von der Zweitverdienerin und vor allem der Verdiennerin gesprochen hat. Bettina Ist das irgendwo? Ich weiß nicht, wie verständlich das ist und ob du da was..

Bettina Kohlrausch:

Du hast das sehr, also sehr, sehr, sehr klar finde ich, einen sehr komplizierten Sachverhalt dargestellt. Es ist halt auch das Problem, dass bestimmte Lohn, also Sozialleistungen, sich am Nettolohn orientieren. Also wir hatten das zum Beispiel beim Kurzarbeitergeld, da war das so. Dass dadurch ein Instrument war, von dem Frauen einfach weniger profitiert haben. Und das machen halt viele in Ehen, wenn sie diese Steuerklassenlogik sozusagen anwenden. Und deshalb ist es tatsächlich neben dem psychologischen Effekt auch noch mal eine reale Benachteiligung von Frauen. Aber tatsächlich das Hauptproblem ist, dass dann der Eindruck entsteht: Die verdient ja eigentlich ganz wenig. Und das soll jetzt abgeschafft werden. Und das ist gut, Das finde ich sinnvoll. Ich weiß nicht, welche Effekte das für Mehrarbeit hat. Ob dann tatsächlich Frauen mehr arbeiten oder ob nicht doch gerade da, wo auch Belastung durch Sorgearbeit ist, die reale Situation eben so ist, dass die Paare eigentlich die zeitlichen Spielräume dafür nicht haben. Das wird man sehen. Aber es ist keine Abschaffung des Ehegattensplittings und der Privilegierung der Ehe, die man ja durchaus infrage stellen kann, weil warum sollen Leute steuerlich privilegiert werden weil sie verheiratet sind?

Sebastian Dullien:

Bettina, was du gerade angesprochen hast ist glaube ich, eine ganz wichtige Frage. Wir wissen nicht, wie darauf jetzt reagiert wird, weil das so ein bisschen schwierig ist. Eigentlich ist es irrational, wegen der Steuerklassen drei und fünf anders zu arbeiten, als man es sonst tun würde. Nichtsdestotrotz gibt es einfach viele Menschen in dem Land, die das Steuersystem nicht im Detail vollständig durchblicken. Und es ist denkbar, dass da Leute also anekdotisch aus den eigenen Bekanntenkreisen weiß man das wahrscheinlich auch. Das ist also schon plausibel, dass da Leute weniger gearbeitet haben. Aber die Frage ist ja, wie stark reagieren die denn darauf? Und vor allem, wenn man sich erstmal da eingerichtet hat und jetzt möglicherweise dann auch noch 20 Jahre Berufserfahrung, die man gemacht oder nicht gemacht hat, dazwischen liegen. Wie schnell ändert sich das dann?

Bettina Kohlrausch:

Genau zu dem, dass er bis 2030 eingeführt werden soll, so dass diese unmittelbaren Effekte unwahrscheinlich sind mit dieser Zeitperspektive.

Sebastian Dullien:

Jetzt bist du ein bisschen unfair, weil in dem Papier steht nämlich drin: Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den Ländern prüfen, wie diese Umsetzung möglichst zeitnah und deutlich schneller als bis zum bisher anvisierten Jahr 2030 erfolgen.

Bettina Kohlrausch:

Stimmt, da hast du recht, Ja. Sie wollten es, weil das eine war schon im Koalitionsvertrag. In der Tat. Das habe ich jetzt durcheinandergebracht. Aber es ist die Obergrenze bleibt dann in meiner Lesart bei 2030.

Sebastian Dullien:

Und wir wissen ja auch, wie manchmal diese Prüfaufträge dann ausgehen.

Bettina Kohlrausch:

Aber das ist schon wirklich eine Forderung, auch immer von Frauenverbänden gewesen, die Abschaffung dieser Steuerklassen. Und insofern ist das schon gut, dass man sich da mal drauf geeinigt hat. Wie intensiv, ernsthaft und zeitnah dieses Ansinnen verfolgt wird, wird man sehen. Und Lindner hat ja heute auch schon mal klargestellt, dass es nicht bedeutet, im Gegenteil, das ist jetzt die Garantie, dass das Ehegattensplitting erhalten bleibt. Anders als Lisa Paus, die wohl gesagt hat: Das ist der erste Schritt zur Abschaffung des Ehegattensplittings.

Sebastian Dullien:

Na, ich denke, in dieser Legislaturperiode wird es nicht mehr abgeschafft. Und was in der nächsten Legislaturperiode passiert, das entscheidet der neu gewählte Bundestag dann. So habe ich das immer verstanden, wie das bei uns funktioniert.

Bettina Kohlrausch:

Ja. Noch.

Marco Herack:

Ich habe noch ein letztes Thema hier auf meinem Zettelchen und vielleicht, ich weiß nicht, vielleicht habe ich es falsch verstanden, aber irgendwie Überstunden sind jetzt so was wie steuerfrei, oder was ist da los?

Sebastian Dullien:

Das ist in den Medien zum Teil so berichtet worden. Das hat damit zu tun, dass die ursprüngliche Forderung von der FDP war, Überstunden steuerfrei zu stellen. Das hätte ganz massive Probleme auf verschiedenen Ebenen mit sich gebracht. Das würde bedeuten, dass man dann plötzlich gar keine Steuern und Abgaben mehr zahlt für die Stunde, die man.. Ich glaube, ein Vorschlag war ab der 41. Stunde pro Woche. Und das macht dann natürlich wirklich die Überstunden des einen Partners oder der einen Partnerin steuerlich wesentlich attraktiver als die erste Stunde des

anderen Partners, der anderen Partnerin. Und das wäre auch gleichstellungspolitisch nicht gut gewesen. Es gibt auch eine Reihe von anderen Gründen, warum das wirklich eher Unfug gewesen wäre. Das ist zum Glück vom Tisch.

Und jetzt ist die Regelung, dass Überstundenzuschläge steuer- und abgabenfrei sind. Das ist aus meiner Sicht hätte man auch nicht gebraucht, aber es ist auch nicht so wahnsinnig schädlich, weil das macht, glaube ich, nicht mehr so einen großen Unterschied. Also Überstundenzuschläge. Erstens die meisten Überstunden in Deutschland werden ja ohnehin nicht bezahlt. Und sonst hätte es irgendwie noch den Anreiz gegeben, dass man normale Arbeitszeit als Überstunden deklariert. Das ist jetzt nicht gegeben, weil es muss ein Zuschlag gezahlt werden über den Tariflohn für diese Überstunden und das kostet jetzt den Arbeitgeber was, da so was umzudeklariieren. Und das wird er dann wahrscheinlich eher nicht tun. Und dann sind diese Überstundenzuschläge: oft fallen sie nicht an, weil es Arbeitszeitkonten gibt und die Überstunden gar nicht ausgezahlt werden. Und da, wo sie anfallen, sind die irgendwie 15 bis 40 %. Das macht den Kohl nicht so fett. Also ich glaube nicht, dass man da jetzt wirklich so riesige Verhaltensänderungen dran sieht. Ich glaube auch ehrlich gesagt nicht, dass wir in Deutschland das Problem haben, dass die Leute deswegen Überstunden ablehnen, weil bislang Überstundenzuschläge, die der Arbeitgeber gerne zahlt, dass die bislang mit Steuern und Abgaben belegt sind. Ich glaube, das ist einfach eine absolute Phantomdiskussion. Und von daher ist das so ein Ding, was aus meiner Sicht: Es wird ein bisschen Geld kosten, weil die Leute, die bislang Überstunden machen, die bezahlt werden. Die kriegen jetzt die Zuschläge steuer- und abgabenfrei. Das wird dem Fiskus ein bisschen Geld kosten. Aber ansonsten glaube ich, dass das nicht weder in die eine noch in die andere Richtung viel bringen und viel Schaden anrichten wird.

Bettina Kohlrausch:

Ja, das sehe ich inzwischen auch so. Also grundsätzlich finde ich steuerliche Anreize, egal wie niedrig sie sind, nicht sinnvoll. Für Überstunden. Aber ich glaube auch, so wie die konzipiert sind, werden die nicht wirklich in Anspruch genommen.

Marco Herack:

Was hast du denn gegen steuerliche Anreize?

Bettina Kohlrausch:

Naja, was Sebastian schon gesagt hat. Wenn man einerseits möchte, dass Frauenerwerbstätigkeit erhöht wird und das tun sie ja in der Regel aus Teilzeit, dann ist ja die Überstunde.. also sagen wir mal, eine Frau arbeitet in der Regel für noch einen geringeren Stundenlohn 30 Stunden und der Mann 40. Und das Paar denkt nach über das Zeitvolumen, das sie haben, und sagen: Okay, wir können fünf Stunden mehr Erwerbsarbeiten. Dann wäre es ja sinnvoll, einfach von der Logik her, was am Ende eben finanziell am effizientesten ist oder am effektivsten ist, also dass der Mann fünf Stunden mehr arbeitet, weil er zusätzlich zu seinem meist höheren Gehalt dann auch noch Vergünstigungen kriegt und nicht die Frau. Das heißt, eigent-

lich ist das ein Anreiz, das Gender Care Gap zu zementieren oder sogar zu erhöhen.

Marco Herack:

Was kann denn so ein Haushalt leisten? Also Robert Habeck hat ja, als das Ding verkündet wurde, schon mal vorsorglich gesagt, er empfinde es nicht als so, dass der Haushalt quasi das das Nonplusultra ist, der Arbeit die man so tut, sondern das ist halt ein Teil. Und jetzt gehe es fröhlich weiter. Also können wir, weil wir jetzt gerade auch über strategisches Vorgehen geredet haben. Das drückt sich dann natürlich im Haushalt aus. Aber interpretieren wir da vielleicht zu viel rein?

Sebastian Dullien:

Na ja, natürlich: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Also ohne Geld kriegst du einfach bestimmte Dinge nicht umgesetzt. Wenn du feststellst, dass du in Deutschland 600 Milliarden Euro Mangel an Infrastrukturausgaben hast, der eigentlich ausgeglichen werden muss, dann kannst du natürlich sagen: Ja, wir machen irgendwie ein bisschen was anderes, wir bauen irgendwo ein bisschen Bürokratie ab, aber davon werden die Schienen ja nicht besser. Und das ist hier schon auch das Problem.

Marco Herack:

Dann sind wir am Ende unserer zweihundertste Folge. Ich bedanke mich recht herzlich bei Bettina Kohlrausch und Sebastian Dullien. Danke schön.

Bettina Kohlrausch:

Danke Dir.

Sebastian Dullien:

Ja, danke dir für die Moderation.

Marco Herack:

Und wenn ihr als Hörerinnen und Hörer noch ein paar Gedanken zu dem Podcast und dem Haushalt 2025 habt, dann sendet sie uns. @boeckler_de ist unser Handle auf X und per E-Mail könnt ihr uns erreichen an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Anregungen und Unmut bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. In den Shownotes findet die Informationen zum Sendungsthema und einen Link zum Geschichtspodcast der Hans-Böckler-Stiftung. Vielen Dank fürs Zuhören, Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Bettina Kohlrausch:

Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.